

Das Stadtparlament erlässt gestützt auf Art. 33 Ziff. 3 der Gemeindeordnung vom 8. Februar 2004 folgendes Reglement:

## I. Allgemeine Bestimmungen

Zweck	Art. 1 Die Versicherungskasse der Stadt St. Gallen (im folgenden: Kasse) führt die berufliche Vorsorge für ihre Mitglieder nach Massgabe dieses Reglements und im Rahmen des Bundesrechts durch.	Zweck
Rechtsnatur	Art. 2 <sup>1</sup> Die Kasse ist eine registrierte Vorsorgeeinrichtung des öffentlichen Rechts. <sup>2</sup> Die Stadt St. Gallen garantiert die Erfüllung der reglementarischen Leistungen.	Rechtsnatur
Mitglieder	Art. 3 <sup>1</sup> Versichert werden: a) das Personal der Stadt, sofern nicht Bestimmungen des übergeordneten Rechts die Versicherung durch eine andere Vorsorgeeinrichtung vorsehen; b) die Mitglieder des Stadtrats. <sup>2</sup> Nicht versichert werden Personen, wenn: a) der Jahreslohn drei Viertel des Höchstbetrages der AHV- Altersrente nicht übersteigt; b) der Arbeitsvertrag auf höchstens drei Monate befristet ist; bei Verlängerung beginnt die Versicherung im Zeitpunkt der Verlängerung. c) eine AHV-Altersrente oder eine ganze IV-Rente bezogen wird.	Mitglieder

## Neu

## I. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Die Versicherungskasse der Stadt St.Gallen (im Folgenden: Pensionskasse genannt) führt die berufliche Vorsorge für ihre Mitglieder nach Massgabe dieses Reglements und im Rahmen des Bundesrechts durch.
Art. 2 <sup>1</sup> Die Pensionskasse ist eine registrierte Vorsorgeeinrichtung des öffentlichen Rechts. <sup>2</sup> Die Stadt St.Gallen garantiert die Erfüllung der reglementarischen Leistungen.
Art. 3 <sup>1</sup> Versichert werden: a) das Personal der Stadt, sofern nicht Bestimmungen des übergeordneten Rechts die Versicherung durch eine andere Vorsorgeeinrichtung vorsehen; b) die Mitglieder des Stadtrats; c) das Personal anderer Institutionen gemäss Art. 48. <sup>2</sup> Nicht versichert werden Personen, wenn: a) der Jahreslohn drei Viertel des Höchstbetrages der AHV- Altersrente nicht übersteigt; für teilinvalide Mitglieder wird dieser Mindestlohn entsprechend dem Invalidenrentenanspruch (in Bruchteilen einer ganzen Rente) herabgesetzt; b) der Arbeitsvertrag auf höchstens drei Monate befristet ist; bei Verlängerung beginnt die Versicherung im Zeitpunkt der Verlängerung; c) sie das ordentliche AHV-Rentenalter erreicht haben oder nach den Bestimmungen des BVG Anspruch auf eine ganze IV-Rente haben; d) sie nebenberuflich tätig und bereits für eine hauptberufliche Erwerbstätigkeit obligatorisch versichert sind oder im Hauptberuf eine selbständige Erwerbstätigkeit ausüben; e) sie nicht oder voraussichtlich nicht dauerhaft in der Schweiz tätig und im Ausland nachweisbar genügend versichert sind, sofern sie die Befreiung von der Aufnahme in die Kasse beantragen.

Umfang der  
Versicherung

## Art. 4

<sup>1</sup> Die Versicherung erstreckt sich:

- a) bis zum 1. Januar nach Vollendung des 24. Altersjahrs: auf die Risiken Invalidität und Tod.
- b) ab 1. Januar nach Vollendung des 24. Altersjahrs: auf die Risiken Alter, Invalidität und Tod.

<sup>2</sup> Die Kasse erbringt überdies auf Rechnung der Stadt Leistungen:

- a) für Mitglieder, die von der Bürgerschaft oder dem Stadtparlament nicht wiedergewählt worden sind;
- b) gemäss den Bestimmungen über die Ruhegehälter des Stadtrats.

Dauer der  
Versicherung

## Art. 5

<sup>1</sup> Die Versicherung beginnt mit dem Antritt des Dienstverhältnisses, frühestens aber am 1. Januar nach Vollendung des 17. Altersjahrs.<sup>2</sup> Sie endet unter Vorbehalt der Ausrichtung der versicherten Leistungen und unter Vorbehalt der gesetzlichen Nachdeckung (Art. 10 Abs. 3 BVG):

- a) wenn die Voraussetzungen für die Versicherung nicht mehr bestehen;
- b) mit dem Ende des Dienstverhältnisses oder Amtes.

<sup>3</sup> Bei unbezahltem Urlaub bleibt die Mitgliedschaft bestehen.Umfang der  
Versicherung

## Art. 4

<sup>1</sup> Die Versicherung erstreckt sich:

- a) bis zum 1. Januar nach Vollendung des 24. Altersjahrs: auf die Risiken Invalidität und Tod.
- b) ab 1. Januar nach Vollendung des 24. Altersjahrs: auf die Risiken Alter, Invalidität und Tod.

<sup>2</sup> Die Pensionskasse wird unter den in diesem Reglement vorgesehenen Voraussetzungen leistungspflichtig, wenn der Vorsorgefall Alter, Invalidität oder Tod während der Dauer der Versicherung eintritt. Bei Invaliditätsleistungen ist massgebend, ob die Person beim Eintritt der erheblichen Arbeitsunfähigkeit, deren Ursache zur Invalidität geführt hat, bei der Pensionskasse versichert war. Bei Hinterlassenenleistungen ist massgebend, ob die Person im Zeitpunkt des Todes oder dem Eintritt der erheblichen Arbeitsunfähigkeit, deren Ursache zum Tod geführt hat, bei der Pensionskasse versichert war. Liegen andere Tatbestände vor, die nach BVG eine Leistungspflicht der Pensionskasse auslösen, beschränkt sich diese auf die Mindestleistungen gemäss BVG.<sup>3</sup> Die Pensionskasse erbringt überdies auf Rechnung der Stadt Leistungen:

- a) für Mitglieder, die von der Bürgerschaft oder dem Stadtparlament nicht wiedergewählt worden sind;
- b) gemäss den Bestimmungen über die Ruhegehälter des Stadtrats.

Dauer der  
Versicherung

## Art. 5

<sup>1</sup> Die Versicherung beginnt mit dem Antritt des Dienstverhältnisses, frühestens aber am 1. Januar nach Vollendung des 17. Altersjahrs.<sup>2</sup> Endet das Dienstverhältnis oder Amt eines Mitglieds nicht wegen Pensionierung, Invalidität oder Tod, hat dies den Austritt aus der Pensionskasse zur Folge. Sinkt der Jahreslohn eines Mitglieds voraussichtlich dauerhaft unter den Mindestlohn gemäss Art. 3 Abs. 2 lit. a, ohne dass ein Anspruch auf Invaliden- oder Hinterlassenenleistungen besteht, bewirkt dies ebenfalls den Austritt aus der Pensionskasse. Die Ansprüche des austretenden Mitglieds werden durch die Art. 27 ff. geregelt. Die gesetzliche Nachdeckung (Art. 10 Abs. 3 BVG) bleibt vorbehalten.<sup>3</sup> Bei unbezahltem Urlaub bleibt die Mitgliedschaft bestehen.

## II. Finanzierung

### Grundlagen

#### Art. 6

<sup>1</sup> Der versicherte Lohn entspricht dem um den Koordinationsabzug verminderten Jahreslohn (Art. 41 und 46 PersR). Vorbehalten bleibt Art. 6bis.

<sup>2</sup> Der Koordinationsabzug entspricht einem Drittel des Jahreslohns, höchstens jedoch der maximalen AHV-Altersrente. Bei Teilzeitbeschäftigung reduziert sich der maximale Koordinationsabzug entsprechend dem Beschäftigungsumfang.

<sup>3</sup> Der Gesamtverdienst entspricht dem Jahreslohn, zuzüglich Sozialzulagen und regelmässigen Nebenbezügen.

### Begrenzung des versicherten Lohns

#### Art. 6bis

Nach Vollendung des 60. Altersjahres wird der versicherte Lohn nur noch im Falle einer Erweiterung des Beschäftigungsumfangs (Teileintritt) erhöht.

### Einkauf

#### Art. 7

<sup>1</sup> Die Einkaufssumme bemisst sich nach Anhang 1 in Prozenten des versicherten Lohns.

<sup>2</sup> Sie ist zu erbringen bei:

- a) Eintritt nach Vollendung des 25. Altersjahrs;
- b) Erhöhung des versicherten Lohns nach Vollendung des 25. Altersjahrs, wenn die Erhöhung Folge einer Erweiterung des Beschäftigungsumfangs ist (Teileintritt).

<sup>3</sup> Das Mitglied kann nicht sofort verfügbare Teile der Einkaufssumme wie folgt erbringen:

- a) durch Ratenzahlungen innert maximal 60 Monaten, spätestens bis zur Vollendung des 60. Altersjahrs, wobei die noch ausstehenden Raten in jedem Fall geschuldet sind. Massgeblich ist der vom Bundesrat festgelegte Verzugszins;
- b) durch einen versicherungsmathematisch berechneten monatlichen Zusatzbeitrag bis zur Vollendung des 60. Altersjahrs.

<sup>4</sup> Wird ein Teil der Einkaufssumme nicht erbracht, werden die Versicherungsleistungen um einen gleichbleibenden Betrag nach Massgabe von Anhang 1 gekürzt. Der spätere Wegkauf der Rentenkürzung setzt einen guten Gesundheitszustand voraus.

### Grundlagen

## II. Finanzierung

#### Art. 6

<sup>1</sup> Der versicherte Lohn bildet die Basis für die Bemessung der Beiträge und Leistungen und entspricht dem um den Koordinationsabzug verminderten Jahreslohn. Vorbehalten bleibt Art. 7.

<sup>2</sup> Als Jahreslohn gilt der Lohn gemäss Art. 41 und 46 PersR, ohne Sozialzulagen und Nebenbezüge. Bei anderen Arbeitgebern erzielte Einkommen werden nicht versichert.

<sup>3</sup> Der Koordinationsabzug entspricht einem Drittel des Jahreslohns, höchstens jedoch der maximalen AHV-Altersrente. Bei Teilzeitbeschäftigung reduziert sich der maximale Koordinationsabzug entsprechend dem Beschäftigungsumfang. Bei Teilinvalidität reduziert sich der maximale Koordinationsabzug entsprechend dem Invalidenrentenanspruch (in Bruchteilen einer ganzen Rente).

### Begrenzung des versicherten Lohns

#### Art. 7

Nach Vollendung des 60. Altersjahres wird der versicherte Lohn nur noch im Falle einer Erweiterung des Beschäftigungsumfangs (Teileintritt) erhöht.

### Einkauf

#### Art. 8

<sup>1</sup> Die Einkaufssumme bemisst sich nach Anhang 1 in Prozenten des versicherten Lohns.

<sup>2</sup> Es ist eine Einkaufssumme zu erbringen bei:

- a) Eintritt nach Vollendung des 25. Altersjahrs;
- b) Erhöhung des versicherten Lohns nach Vollendung des 25. Altersjahrs, wenn die Erhöhung Folge einer Erweiterung des Beschäftigungsumfangs ist (Teileintritt).

<sup>3</sup> Erreichen die eingebrachten Freizügigkeitsleistungen die notwendige Einkaufssumme nicht, kann das Mitglied den fehlenden Teil der Einkaufssumme wie folgt erbringen:

- a) durch Ratenzahlungen innert maximal 60 Monaten, spätestens bis zur Vollendung des 60. Altersjahrs, wobei die noch ausstehenden Raten in jedem Fall geschuldet sind. Massgeblich ist der Verzugszins, welcher dem technischen Zins der Pensionskasse entspricht;
- b) durch einen versicherungsmathematisch berechneten monatlichen Zusatzbeitrag bis zur Vollendung des 60. Altersjahrs.

<sup>4</sup> Das Mitglied kann sich noch zu einem späteren Zeitpunkt einkaufen, jedoch längstens bis zum Beginn der Arbeitsunfähigkeit bzw. bis zur Vollendung des 60. Altersjahrs. Einkäufe, auch im Sinne von lit. a und b, sind jedoch nur möglich, sofern allfällige Vorbezüge für die Wohneigentumsförderung bereits zurückbezahlt sind. Von diesen Regelungen ausgenommen ist der Auskauf der Kürzung infolge Ehescheidung.

<sup>5</sup> Mit dem Einkauf finanzierte Leistungen dürfen nicht innert 3 Jahren

nach dem Einkauf in Kapitalform ausbezahlt werden. Weitere Einschränkungen der Einkaufsmöglichkeiten durch das BVG und durch steuerrechtliche Vorschriften bleiben vorbehalten.

<sup>6</sup> Beim Eintritt muss das Mitglied alle seine Freizügigkeitsleistungen aus früheren Vorsorgeverhältnissen (inkl. Freizügigkeitskonten und/oder -policen) in die Pensionskasse einbringen. Falls die eingebrachten Freizügigkeitsleistungen grösser sind als die notwendige Einkaufssumme, wird der nicht beanspruchte Teil einem Sperrkonto gutgeschrieben.

<sup>7</sup> Das Guthaben auf dem Sperrkonto wird in erster Linie für die Finanzierung der Nachzahlungen gemäss Art. 10 Abs. 1 verwendet.

#### Kürzung

#### Art. 9

<sup>1</sup> Wird die Einkaufssumme nicht oder nur teilweise erbracht, werden die versicherten Leistungen um einen festen Betrag gekürzt. Der Kürzungsbetrag wird aufgrund des nicht bezahlten Teils der Einkaufssumme gemäss Anhang 1 berechnet.

<sup>2</sup> Während der Dauer der Pensionskassenzugehörigkeit bleibt der Kürzungsbetrag unverändert.

<sup>3</sup> Im Fall eines Vorbezugs zur Finanzierung von Wohneigentum oder bei Auszahlung eines Teils der Austrittsleistung infolge Ehescheidung werden die Abs. 1 und 2 sinngemäss angewendet.

<sup>4</sup> Der Kürzungsbetrag kann unter Anwendung von Art. 8 ausgekauft werden. Ein freiwilliger Einkauf ist jedoch nur möglich, sofern allfällige Vorbezüge für Wohneigentumsförderung bereits zurückbezahlt sind. Mit dem Einkauf finanzierte Leistungen dürfen nicht innert 3 Jahren nach dem Einkauf in Kapitalform ausbezahlt werden.

#### Beiträge

#### Art. 8

<sup>1</sup> Das Mitglied und die Stadt entrichten:

- a) wiederkehrende Beiträge nach Anhang 2;
- b) eine Nachzahlung nach Anhang 2, wenn der versicherte Lohn nach vollendetem 25. Altersjahr erhöht wird und die Erhöhung nicht der Einkaufspflicht wegen Teileintritts (Art. 7 Abs. 2 lit. b) unterliegt.

<sup>2</sup> Die wiederkehrenden Beiträge sind letztmals für den Monat zu leisten:

- a) in welchem die Versicherung endet (Art. 5 Abs. 2),
- b) längstens jedoch bis zum vollendeten 63. Altersjahr.

<sup>3</sup> Bei unbezahltem Urlaub entrichtet das Mitglied nach Ablauf von drei Monaten auch die wiederkehrenden Beiträge der Stadt.

#### Beiträge

#### Art. 10

<sup>1</sup> Das Mitglied und der Arbeitgeber entrichten:

- a) wiederkehrende Beiträge nach Anhang 2;
- b) eine Nachzahlung nach Anhang 2, wenn der versicherte Lohn nach vollendetem 25. Altersjahr erhöht wird und die Erhöhung nicht der Einkaufspflicht wegen Teileintritts (Art. 8 Abs. 2 lit. b) unterliegt.

<sup>2</sup> Die wiederkehrenden Beiträge sind ab Beginn der Versicherung zu leisten, letztmals für den Monat, in dem das Mitglied vorzeitig aus der Pensionskasse ausscheidet, pensioniert wird oder stirbt. Die Beitragspflicht endet spätestens mit dem vollendeten 63. Altersjahr. Vorbehalten ist Art. 11.

<sup>3</sup> Die Beiträge des Mitglieds werden durch den Arbeitgeber vom Lohn oder von Lohnersatzleistungen abgezogen und zusammen mit den Beiträgen des Arbeitgebers der Pensionskasse überwiesen.

Herabsetzung  
von Jahreslohn  
und  
versichertem  
Lohn

Art. 9

<sup>1</sup> Wird der Jahreslohn herabgesetzt, ohne dass Versicherungsleistungen ausgelöst werden, so kann der bisher versicherte Lohn beibehalten werden, wenn das Mitglied für die Differenz auch die Beiträge der Stadt entrichtet.

<sup>2</sup> Wird der versicherte Lohn herabgesetzt, ohne dass Versicherungsleistungen ausgelöst werden, so besteht im Rentenfall Anspruch auf eine den zuviel bezahlten Beiträgen entsprechende zusätzliche Rente.

Herabsetzung des  
versicherten Lohns  
und  
Beitragsbefreiung

Art. 11

<sup>1</sup> Wird der versicherte Lohn herabgesetzt, ohne dass Versicherungsleistungen ausgelöst werden, so besteht im Rentenfall Anspruch auf eine den zuviel bezahlten Beiträgen entsprechende Zusatzrente.

<sup>2</sup> Bei einer befristeten Lohnreduktion kann das Mitglied die Versicherung im bisherigen Umfang weiterführen. Das Mitglied hat dies vor der Lohnreduktion der Pensionskasse mitzuteilen. Wählt das Mitglied die Weiterversicherung, entrichtet es auf der Differenz zwischen dem bisherigen und dem reduzierten Lohn auch die wiederkehrenden Beiträge des Arbeitgebers. Nutzt das Mitglied diese Möglichkeit nicht, wird die Versicherung für sämtliche Risiken (Alter, Tod und Invalidität) ab der Lohnreduktion reduziert.

<sup>3</sup> Bei Invalidität eines Mitglieds tritt am Anfang desjenigen Monats, in dessen Verlauf die dienstrechtliche Lohnfortzahlung oder Lohnersatzleistung (Taggeldleistungen aus Kranken- oder Unfallversicherung) erstmals entfällt, die Beitragsbefreiung ein. Sie wird so lange gewährt, wie die Invalidität besteht.

<sup>4</sup> Bei teilweiser Invalidität eines Mitglieds, das weiterhin in einem Dienstverhältnis mit dem Arbeitgeber steht, tritt eine teilweise Beitragsbefreiung ein. Invalidität von weniger als 40 % ergibt keinen Anspruch auf Beitragsbefreiung. Bei Invalidität von mindestens 40 % entspricht die Beitragsbefreiung einem Viertel, bei Invalidität von mindestens 50 % der Hälfte und bei Invalidität von mindestens 60 % drei Vierteln. Ab einer Invalidität von mindestens 70 % wird die volle Beitragsbefreiung gewährt.

### III. Versicherungsleistungen der Kasse

#### Versicherungsleistungen

#### Art. 10

Die Kasse erbringt folgende Versicherungsleistungen:

1. Altersleistungen
  - a) Altersrente
  - b) AHV-Überbrückungsrente
  - c) Alters-Kinderrente
2. Hinterlassenenleistungen
  - a) Ehegattenrente zugunsten der Witwe/des Witwers
  - b) Ehegattenrente zugunsten des geschiedenen Ehegatten
  - c) Waisenrente
3. Invalidenleistungen
  - a) Invalidenrente
  - b) Invaliden-Ergänzungsrente
  - c) Invaliden-Kinderrente
4. Austrittsleistungen
  - a) Rente bei Nichtwiederwahl
  - b) Austrittsleistung
5. Freiwillige Leistungen  
Leistungen in Härtefällen

#### 1. Altersleistungen

#### Altersrente

#### Art. 11

<sup>1</sup> Anspruch auf Altersrente besteht ab dem Zeitpunkt, in welchem:

- a) das Dienstverhältnis durch Erreichen der ordentlichen Altersgrenze erlischt (Art. 12 und 78 PersR);
- b) das Mitglied vorzeitig in den Ruhestand tritt (Art. 13 PersR).

<sup>2</sup> Bei Verlängerung des Dienstverhältnisses über das 63. Altersjahr hinaus ruht die Rentenzahlung und die Beitragspflicht entfällt. Die Altersrente erhöht sich für jeden Monat des aufgeschobenen Bezugs um 0,2 % ihres Betrages. Anwartschaftliche Leistungen werden im gleichen Ausmass erhöht. Der Anspruch auf eine Altersrente beginnt jedoch spätestens nach dem vollendeten 65. Altersjahr.

#### Versicherungsleistungen

### III. Versicherungsleistungen der Kasse

#### Art. 12

Die Pensionskasse erbringt folgende Versicherungsleistungen:

1. Altersleistungen
  - a) Altersrente
  - b) AHV-Überbrückungsrente
  - c) Alters-Kinderrente
2. Hinterlassenenleistungen
  - a.) Rente zugunsten der Witwe/des Witwers
  - b) Rente zugunsten der eingetragenen Partnerin / des eingetragenen Partners
  - c) Rente zugunsten des geschiedenen Ehegatten
  - d) Waisenrente
3. Invalidenleistungen
  - a) Invalidenrente
  - b) Invaliden-Ergänzungsrente
  - c) Invaliden-Kinderrente
4. Austrittsleistungen
  - a) Rente bei Nichtwiederwahl
  - b) Austrittsleistung
5. Freiwillige Leistungen  
Leistungen in Härtefällen

#### 1. Altersleistungen

#### Art. 13

<sup>1</sup> Anspruch auf Altersrente besteht ab dem Zeitpunkt, in welchem:

- a) das Dienstverhältnis durch Erreichen der ordentlichen Altersgrenze erlischt (Art. 12 und 78 PersR);
- b) das Dienstverhältnis in einem Alter erlischt, in dem ein vorzeitiger Übertritt in den Ruhestand möglich ist (Art. 13 PersR).

<sup>2</sup> Bei Verlängerung des Dienstverhältnisses über das 63. Altersjahr hinaus ruht die Rentenzahlung und die Beitragspflicht entfällt. Die Altersrente erhöht sich für jeden Monat des aufgeschobenen Bezugs um 0,2 % ihres Betrages. Anwartschaftliche Leistungen werden im gleichen Ausmass erhöht. Der Anspruch auf Altersrente beginnt jedoch spätestens nach dem vollendeten 65. Altersjahr.

<sup>3</sup> Das Mitglied, das ab dem Alter gemäss Abs. 1 lit. b dieses Artikels sein Arbeitspensum reduziert, hat Anspruch auf eine Teilaltersrente. Der Teilpensionierungsgrad beträgt zusammen mit dem verbleibenden Beschäftigungsgrad stets 100 %. Es ist maximal eine Teilpensionierung pro Jahr möglich, wobei die Teilpensionierung mindestens 20 % betragen muss. Eine spätere Erhöhung des Beschäftigungsgrades ist ausgeschlossen. Die Bestimmungen gemäss Art. 14 - 16 gelangen sinngemäss für die Teilaltersrente zur Anwendung.

<sup>4</sup> Der Anspruch auf die Altersrente erlischt mit dem Tod des Mitglieds.

#### Altersrente

Höhe der Altersrente	<p>Art. 12</p> <p><sup>1</sup> Die Höhe der Altersrente beträgt 60 % des versicherten Lohns, wenn der Rücktritt bei Erreichen der ordentlichen Altersgrenze (Art. 11 lit. a) erfolgt.</p> <p><sup>2</sup> Tritt das Mitglied in den vorzeitigen Ruhestand, wird die Altersrente pro Monat, um welchen der Rücktritt vor der ordentlichen Altersgrenze erfolgt (Art. 11 lit. b), um 0,5 % gekürzt.</p> <p><sup>3</sup> Die Kürzung kann ausgekauft werden. Die Auskaufssumme bemisst sich nach Anhang 4.</p>	Höhe der Altersrente	<p>Art. 14</p> <p><sup>1</sup> Die Höhe der Altersrente beträgt 60 % des versicherten Lohns abzüglich eines allfälligen Kürzungsbetrags gemäss Art. 9, wenn der Rücktritt bei Erreichen der ordentlichen Altersgrenze (Art. 13 lit. a) erfolgt.</p> <p><sup>2</sup> Tritt das Mitglied in den vorzeitigen Ruhestand, wird die Altersrente pro Monat, um welchen der Rücktritt vor der ordentlichen Altersgrenze erfolgt (Art. 13 lit. b), um 0,5 % gekürzt.</p> <p><sup>3</sup> Die Kürzung kann unter Vorbehalt von Art. 8 Abs. 4 ausgekauft werden. Die Auskaufssumme bemisst sich nach Anhang 4.</p> <p><sup>4</sup> Hat ein Mitglied die Kürzung ausgekauft und entscheidet es sich, über das für die Berechnung massgebende Alter weiter zu arbeiten, kann kein über den Betrag von Abs. 1 hinausgehender Anspruch erworben werden. Art. 13 Abs. 2 bleibt vorbehalten. Soweit der Anspruch auf Altersrente bereits erworben ist, entfällt auch die Beitragspflicht.</p>
Alterskapital	<p>Art. 12bis</p> <p>Das Mitglied kann bis spätestens drei Monate vor dem Altersrücktritt verlangen, dass ihm ein Viertel seines Altersguthabens gemäss BVG als einmalige Kapitalabfindung ausgerichtet wird. Die Altersrente wird entsprechend gekürzt. Das Gesuch hat schriftlich zu erfolgen und ist bei einem verheirateten Mitglied vom Ehegatten mit zu unterzeichnen.</p>	Alterskapital	<p>Art. 15</p> <p><sup>1</sup> Das Mitglied kann bis spätestens drei Monate vor dem Altersrücktritt verlangen, dass ihm ein Viertel seines Altersguthabens gemäss BVG als einmalige Kapitalabfindung ausgerichtet wird. Der Kapitalbezug muss spätestens bei Vollendung des 63. Altersjahres erfolgen. Die Altersrente wird entsprechend gekürzt. Die Kürzung gilt auch für die anwartschaftliche Ehegattenrente, die Rente zugunsten der eingetragenen Partnerin / des eingetragenen Partners sowie für die Kinder- und Waisenrente.</p> <p><sup>2</sup> Wurden in den letzten 3 Jahren vor der Pensionierung Einkaufssummen geleistet, dürfen die daraus resultierenden Leistungen nicht in Kapitalform bezogen werden.</p> <p><sup>3</sup> Das Gesuch hat schriftlich zu erfolgen und ist bei einem verheirateten Mitglied vom Ehegatten bzw. einem Mitglied in eingetragener Partnerschaft von der eingetragenen Partnerin / dem eingetragenen Partner mit zu unterzeichnen. Die Unterschrift ist amtlich beglaubigen zu lassen. Unverheiratete Mitglieder haben den Zivilstand amtlich bestätigen zu lassen.</p>
AHV-Überbrückungsrente a) bei freiwilliger vorzeitiger Pensionierung	<p>Art. 13</p> <p><sup>1</sup> Das Mitglied kann ab dem Zeitpunkt, in dem es eine Altersrente bezieht, eine AHV-Überbrückungsrente bis zum Höchstbetrag der AHV-Altersrente verlangen.</p> <p><sup>2</sup> Die Altersrente wird in der Folge ab Erreichen des AHV-Alters um 8 % der Vorbezüge gekürzt:</p> <p><sup>3</sup> Die Kürzung gilt auch für die anwartschaftliche Ehegattenrente sowie für die Kinder- und Waisenrente.</p>	AHV-Überbrückungsrente	<p>Art. 16</p> <p><sup>1</sup> Das Mitglied kann ab dem Zeitpunkt, in dem es eine Altersrente bezieht, eine AHV-Überbrückungsrente bis zum Höchstbetrag der AHV-Altersrente verlangen.</p> <p><sup>2</sup> Der Anspruch auf die Überbrückungsrente endet mit dem Tod des Mitglieds, spätestens mit Erreichen des ordentlichen AHV-Alters.</p> <p><sup>3</sup> Die Altersrente wird in der Folge ab Erreichen des ordentlichen AHV-Alters um 7.3 % der Vorbezüge gekürzt.</p> <p><sup>4</sup> Die Kürzung gilt auch für die anwartschaftliche Ehegattenrente zugunsten der Witwe / des Witwers, Renten zugunsten der eingetragenen Partnerin / des eingetragenen Partners, Rente zugunsten des geschiedenen Ehegatten sowie für die Kinder- und Waisenrente.</p>

b) bei  
Pensionierung  
mit Erreichen  
der  
Altersgrenze

Art. 13bis

<sup>1</sup> Das Mitglied, dessen Dienstverhältnis nach Art. 12 Personalreglement erlischt, hat bis zum Erreichen des ordentlichen AHV- Alters Anspruch auf eine Überbrückungsrente, sofern nicht ein Anspruch auf Leistungen der Invalidenversicherung besteht.

<sup>2</sup> Bis zu einem versicherten Lohn in der Höhe des höchstens versicherbaren Jahreslohnes gemäss BVG entspricht die Überbrückungsrente der maximalen AHV-Altersrente.

<sup>3</sup> Ist der versicherte Lohn höher, so besteht Anspruch auf eine anteilige Überbrückungsrente bis zum Gesamtbetrag, der sich gemäss Abs. 2 aus Altersrente und Überbrückungsrente ergibt.

<sup>4</sup> Bei Teilzeitbeschäftigung reduzieren sich die Ansätze gemäss dem Beschäftigungsumfang.

Alters-  
Kinderrente

Art. 14

<sup>1</sup> Das Mitglied, das eine Altersrente bezieht, hat ab dem Zeitpunkt des ordentlichen Altersrücktritts (Art. 12 und 78 PersR) Anspruch auf eine Kinderrente für Kinder, die im Falle des Todes eine Waisenrente (Art. 19) beanspruchen könnten.

<sup>2</sup> Die Kinderrente beträgt für jedes Kind 12 % des versicherten Lohns.

Alters-Kinderrente

Art. 17

<sup>1</sup> Das Mitglied, das eine Altersrente bezieht, hat Anspruch auf eine Kinderrente für jedes Kind, das im Falle des Todes des Mitglieds eine Waisenrente (Art. 22) beanspruchen könnte. Der Anspruch erlischt, wenn die Altersrente wegfällt, spätestens aber, wenn der Anspruch auf eine Waisenrente wegfallen würde.

<sup>2</sup> Die Kinderrente beträgt für jedes Kind 20 % der ausgerichteten Altersrente.

## 2. Hinterlassenenleistungen

Ehegattenrente  
zugunsten der  
Witwe/des  
Witwers

Art. 15

<sup>1</sup> Beim Tod eines Mitglieds hat der überlebende Ehegatte Anspruch auf eine Ehegattenrente, wenn er:

- a) für den Unterhalt eines Kinds aufkommen muss oder
- b) mindestens zwei Jahre mit dem Mitglied verheiratet war oder
- c) Anspruch auf eine ganze IV-Rente hat

<sup>2</sup> Erfüllt der überlebende Ehegatte keine dieser Voraussetzungen, so besteht Anspruch auf eine einmalige Abfindung in der Höhe von drei Jahresrenten.

<sup>3</sup> Die Rentenzahlung beginnt ab dem Zeitpunkt, in welchem:

- a) der Lohn- oder Rentenanspruch des verstorbenen Ehegatten beendet ist oder
- b) die IV-Rente zugesprochen wird.

Ehegattenrente  
zugunsten der  
Witwe/des Witwers

## 2. Hinterlassenenleistungen

Art. 18

<sup>1</sup> Beim Tod eines Mitglieds hat der überlebende Ehegatte Anspruch auf eine Ehegattenrente, wenn er:

- a) für den Unterhalt eines Kinds aufkommen muss oder
- b) mindestens zwei Jahre mit dem Mitglied verheiratet war und älter als 40 Jahre ist oder
- c) Anspruch auf eine ganze IV-Rente hat

<sup>2</sup> Erfüllt der überlebende Ehegatte keine dieser Voraussetzungen, so besteht Anspruch auf eine einmalige Abfindung in der Höhe von drei Jahresrenten.

<sup>3</sup> Die Rentenzahlung beginnt ab dem Zeitpunkt, in welchem:

- a) der Lohn- oder Rentenanspruch des verstorbenen Ehegatten beendet ist oder
- b) die IV-Rente zugesprochen wird.

<sup>4</sup> Der Anspruch auf Ehegattenrente erlischt, wenn der überlebende Ehegatte wieder heiratet oder dessen Anspruch auf eine IV-Rente wegfällt. Es besteht in diesem Fall Anspruch auf eine einmalige Abfindung in der Höhe des dreifachen Betrages der jährlichen Ehegattenrente.

Der Anspruch auf Ehegattenrente erlischt spätestens am Ende des Monats, in dessen Verlauf der überlebende Ehegatte stirbt.



		Rente zugunsten der eingetragenen Partnerin / des eingetragenen Partners	Art. 19 Die eingetragene Partnerschaft ist einer Ehe gleichgestellt. Für die Ansprüche der eingetragenen Partnerin/des eingetragenen Partners auf Ehegattenrente gelten die Bestimmungen gemäss Art. 18 und 21 sinngemäss.
Ehegattenrente zugunsten des geschiedenen Ehegatten	Art. 16 <sup>1</sup> Beim Tode eines Mitglieds hat der geschiedene Ehegatte Anspruch auf eine Ehegattenrente, wenn er mit dem Mitglied mindestens 10 Jahre verheiratet war. <sup>2</sup> Die Rente wird um den Betrag gekürzt, um den sie mit den in Art. 28 Abs. 2 lit. a - e aufgeführten Leistungen anderer Versicherungen den Anspruch aus dem Scheidungsurteil übersteigt.	Ehegattenrente zugunsten des geschiedenen Ehegatten	Art. 20 <sup>1</sup> Beim Tode eines Mitglieds hat der geschiedene Ehegatte Anspruch auf eine Ehegattenrente, sofern er mit dem Mitglied mindestens 10 Jahre verheiratet war und ihm im Scheidungsurteil eine lebenslängliche Rente oder eine Kapitalabfindung für eine lebenslängliche Rente zugesprochen wurde. <sup>2</sup> Die Höhe der Rente entspricht der Mindestleistung gemäss BVG. Sie wird jedoch um jenen Betrag gekürzt, um den sie, zusammen mit den Leistungen der übrigen Versicherungen (insbesondere AHV und IV), den Anspruch aus dem Scheidungsurteil übersteigt <sup>3</sup> Die Rente erlischt, wenn der geschiedene Ehegatte eine neue Ehe bzw. eine eingetragene Partnerschaft eingeht oder stirbt. Es besteht kein Anspruch auf Abfindung gemäss Art. 18 Abs. 4.
Wiederverheiratung	Art. 17 <sup>1</sup> Bei Wiederverheiratung ruht der Rentenanspruch während der Dauer der neuen Ehe. <sup>2</sup> Der überlebende Ehegatte kann sich für den Rentenanspruch durch eine Kapitalabfindung im Betrage von drei Jahresrenten auskaufen lassen. <sup>3</sup> Das Begehren muss innert einem Jahr nach der Heirat gestellt werden.		
Höhe der Ehegattenrente	Art. 18 <sup>1</sup> Die Höhe der Ehegattenrente beträgt 40 % des versicherten Lohns. <sup>2</sup> Ist die Heirat erst nach Vollendung des 63. Altersjahres erfolgt, so wird die Ehegattenrente nach versicherungsmathematischen Grundsätzen in dem Masse gekürzt, als das Alter des Ehegatten das Alter des Mitglieds unterschreitet.	Höhe der Ehegattenrente	Art. 21 <sup>1</sup> Die Höhe der Ehegattenrente beim Tod eines aktiven Mitglieds beträgt 66.67 % der gemäss Art. 14 Abs. 1 versicherten Altersrente. Bezog das Mitglied beim Tod eine Alters- oder Invalidenrente, beträgt die Ehegattenrente 66.67 % der bezogenen Rente. <sup>2</sup> Ist die Heirat erst nach dem Übertritt in den Ruhestand erfolgt, so wird die Ehegattenrente für jedes angebrochene und ganze Lebensjahr nach seinem Übertritt in den Ruhestand um 5.0 % des vollen Rentenbetrags herabgesetzt. Ist der überlebende Ehegatte mehr als 10 Jahre jünger als das verstorbene Mitglied, wird die Ehegattenrente zusätzlich reduziert. Die Reduktion beträgt für jedes ganze und für jedes angebrochene Jahr, um das der überlebende Ehegatte mehr als 10 Jahre jünger ist als der/die Verstorbene, 1.0 % des vollen Rentenbetrags.

## Waisenrente

## Art. 19

<sup>1</sup> Anspruch auf eine Waisenrente haben:

- a) Kinder des verstorbenen Mitglieds;
- b) Pflegekinder nach Massgabe der AHV-Gesetzgebung.

<sup>2</sup> Der Anspruch auf eine Waisenrente erlischt:

- a) mit der Vollendung des 18. Altersjahrs;
- b) für Kinder, die bei Vollendung des 18. Altersjahrs noch in Ausbildung stehen: mit dem Abschluss der Ausbildung, spätestens aber mit der Vollendung des 25. Altersjahrs.

<sup>3</sup> Die Waisenrente beträgt für jedes Kind 12 % des versicherten Lohns.

<sup>4</sup> Die Rentenzahlung beginnt ab dem Zeitpunkt, in welchem der Lohn- oder Rentenanspruch des verstorbenen Mitglieds beendet ist.

<sup>5</sup> Die doppelte Waisenrente erhalten:

- a) Vollwaisen;
- b) Waisen, deren überlebender Elternteil keinen Anspruch auf eine Ehegattenrente hat.

### 3. Invalidenleistungen

## Invalidenrente

## Art. 20

<sup>1</sup> Das Mitglied hat Anspruch auf eine Invalidenrente, wenn:

- a) es seine bisherige oder eine andere ihm zumutbare Tätigkeit nach vertrauensärztlichem Befund nicht mehr ausüben kann (Invalidität) und
- b) die Stadt das Dienstverhältnis aus diesem Grunde auflöst (Art. 14 PersR).

<sup>2</sup> Wird ein für seine bisherige Tätigkeit invalid gewordenes Mitglied mit niedrigerem Lohn weiterbeschäftigt (Teilinvalidität), so wird für den Unterschied zwischen bisherigem und neuem versichertem Lohn eine Teilrente ausgerichtet.

<sup>3</sup> Der Anspruch auf eine Invalidenrente erlischt mit dem Wegfall der Invalidität.

## Waisenrente

## Art. 22

<sup>1</sup> Anspruch auf eine Waisenrente hat:

- a) jedes Kind des verstorbenen Mitglieds;
- b) jedes Pflegekind nach Massgabe der AHV-Gesetzgebung.

<sup>2</sup> Der Anspruch auf Waisenrente beginnt am ersten Tag des auf den Tod des Mitglieds folgenden Monats, jedoch frühestens nach Ablauf des Lohn- oder Rentenanspruches des verstorbenen Mitglieds. Er erlischt mit dem Tod oder dem Erreichen des 18. Geburtstags des Kindes.

<sup>3</sup> Die Waisenrente wird auch nach Erreichen des 18. Geburtstags, längstens bis zum 25. Geburtstag, ausbezahlt

- a) für Kinder, die in Ausbildung stehen, bis zum Abschluss der Ausbildung
- b) für Kinder, die bei Erreichen des 18. Geburtstags zu mindestens 70 % invalid sind, solange die IV eine Rente ausrichtet.

<sup>4</sup> Die Waisenrente beträgt beim Tod eines aktiven Mitglieds für jedes Kind 20 % der versicherten Altersrente. Bezog das verstorbene Mitglied eine Alters- oder Invalidenrente, entspricht die Waisenrente 20 % der ausgerichteten Rente.

<sup>5</sup> Die doppelte Waisenrente erhalten:

- a) Vollwaisen;
- b) Waisen, deren überlebender Elternteil keinen Anspruch auf eine Ehegattenrente hat.

### 3. Invalidenleistungen

## Invalidenrente

## Art. 23

<sup>1</sup> Das Mitglied, das von der IV als invalid anerkannt wird, gilt auch bei der Pensionskasse ab demselben Datum und im selben Ausmass als invalid.

<sup>2</sup> Ein Invaliditätsgrad unter 40 % ergibt in keinem Fall Anspruch auf Leistungen. Bei einer Invalidität von mindestens 40 % wird eine Viertelrente, bei einer Invalidität von mindestens 50 % eine halbe Rente und bei einer Invalidität von mindestens 60 % eine Dreiviertelrente gewährt. Ab einer Invalidität von mindestens 70 % wird die ganze Rente gewährt.

<sup>3</sup> Die Pensionskasse beginnt mit der Rentenzahlung frühestens im Zeitpunkt, in dem die Lohnfortzahlung oder der Taggeldanspruch aus Kranken- oder Unfallversicherung entfällt. Dieser Aufschub ist jedoch nur möglich, wenn die Taggeldleistungen mindestens 80 % des entgangenen Jahreslohns betragen und die Taggeldversicherung vom Arbeitgeber mindestens zur Hälfte mitfinanziert worden ist.

<sup>4</sup> Der Anspruch auf eine Invalidenrente erlischt mit dem Wegfall der Invalidität oder mit dem Tod des Mitglieds.

Höhe der Invalidenrente	Art. 21 Die Invalidenrente beträgt 60 % des versicherten Lohns.	Höhe der Invalidenrente	Art. 24 Die Invalidenrente beträgt bei voller Invalidität 60 % des versicherten Lohns abzüglich eines allfälligen Kürzungsbetrags gemäss Art. 9.
Invaliden-Ergänzungsrente	Art. 22 <sup>5</sup> Erhält das Mitglied, das Anspruch auf eine Invalidenrente der Kasse hat (Art. 20), von der IV keine Rente oder nur eine geringere Teilrente, so richtet die Kasse bis längstens zum Erreichen der ordentlichen Altersgrenze (Art. 12 und 78 PersR) eine Ergänzungsrente aus, die dem entfallenden Betrag entspricht. <sup>6</sup> Die anstelle der Eidg. Invalidenversicherung ausgerichtete Invaliden-Ergänzungsrente der Kasse wird zurückgefordert, soweit sie von der IV rückwirkend ausgerichtet wird.	Invaliden-Ergänzungsrente	Art. 25 <sup>1</sup> Das bei der IV angemeldete Mitglied hat frühestens mit dem Wegfall des Lohnanspruchs oder eines Lohnersatzanspruchs, namentlich Leistungen der Kranken-, Unfall-, Militär- oder Arbeitslosenversicherung bis zum Vorliegen des definitiven IV-Entscheids, längstens jedoch bis zum 63. Altersjahr, Anspruch auf die Auszahlung einer Invaliden-Ergänzungsrente. <sup>2</sup> Die Invaliden-Ergänzungsrente entspricht höchstens drei Vierteln der maximalen IV-Rente. Sie wird bei Teilzeitbeschäftigung oder Teilinvalidität entsprechend gekürzt. <sup>3</sup> Die anstelle der IV ausgerichtete Invaliden-Ergänzungsrente wird zurückgefordert, soweit sie von der IV rückwirkend ausgerichtet wird.
Invaliden-Kinderrente	Art. 23 <sup>1</sup> Das Mitglied, das eine Invalidenrente bezieht, hat Anspruch auf eine Kinderrente für Kinder, die im Falle seines Todes eine Waisenrente (Art. 19) beanspruchen könnten. <sup>2</sup> Die Invaliden-Kinderrente beträgt für jedes Kind 12 % des versicherten Lohns.	Invaliden-Kinderrente	Art. 26 <sup>1</sup> Das Mitglied, das eine Invalidenrente bezieht, hat Anspruch auf eine Kinderrente für jedes Kind, das im Falle seines Todes eine Waisenrente (Art. 22) beanspruchen könnte. <sup>2</sup> Die Invaliden-Kinderrente wird vom selben Zeitpunkt an ausgerichtet wie die Invalidenrente. Der Anspruch erlischt, wenn die Invalidenrente wegfällt, spätestens aber, wenn der Anspruch auf eine Waisenrente wegfallen würde. <sup>3</sup> Für Mitglieder, denen eine Teil-Invalidenrente zusteht, wird die Invaliden-Kinderrente in der Höhe der Invalidenrentenberechtigung (in Bruchteilen der ganzen Rente) gewährt. <sup>4</sup> Die Invaliden-Kinderrente beträgt für jedes Kind 20 % der Invalidenrente der versicherten Person.

#### 4. Austrittsleistungen

Rente des  
Personals bei  
Nicht-  
wiederwahl

##### Art. 24

<sup>1</sup> Wird ein Mitglied von der Bürgerschaft oder vom Stadtparlament nicht wiedergewählt, so hat es Anspruch auf eine Rente, sofern:

- a) das 50. Altersjahr und
- b) mindestens 15 Dienstjahre vollendet sind.

<sup>2</sup> Die Rente bei Nichtwiederwahl entspricht der im Zeitpunkt der Beendigung des Dienstverhältnisses erworbenen Altersrente. Sie wird gekürzt:

- a) soweit sie zusammen mit den Einkünften aus neuer Erwerbstätigkeit 90% des früheren Gesamtverdienstes übersteigt;
- b) im gleichen Umfang, wenn das Mitglied auf eine zumutbare Erwerbstätigkeit verzichtet.

Austrittsleistung Art. 25

<sup>1</sup> Das Mitglied hat Anspruch auf die Austrittsleistung, wenn die Versicherung ohne Anspruch auf eine Vorsorgeleistung endet.

<sup>2</sup> Die Austrittsleistung richtet sich nach Anhang 3.

#### 4. Austrittsleistungen

Rente des Personals  
bei Nicht-  
wiederwahl

##### Art. 27

<sup>1</sup> Wird ein Mitglied von der Bürgerschaft oder vom Stadtparlament nicht wiedergewählt, so hat es Anspruch auf eine Rente, sofern:

- a) das 50. Altersjahr und
- b) mindestens 15 Dienstjahre vollendet sind.

<sup>2</sup> Die Rente bei Nichtwiederwahl entspricht der im Zeitpunkt der Beendigung des Dienstverhältnisses erworbenen Altersrente. Sie wird gekürzt:

- a) soweit sie zusammen mit den Einkünften aus neuer Erwerbstätigkeit 90 % des früheren Gesamtverdienstes übersteigt; als Gesamtverdienst gilt der Jahreslohn zuzüglich Sozialzulagen und regelmässigen Nebenbezügen
- b) im gleichen Umfang, wenn das Mitglied auf eine zumutbare Erwerbstätigkeit verzichtet.

Austrittsleistung

##### Art. 28

<sup>1</sup> Das Mitglied hat Anspruch auf die Austrittsleistung, wenn die Versicherung ohne Anspruch auf eine Vorsorgeleistung endet.

<sup>2</sup> Die Austrittsleistung richtet sich nach Anhang 3.

<sup>3</sup> Muss die Pensionskasse Hinterlassenen- oder Invalidenleistungen erbringen, nachdem sie die Austrittsleistung überwiesen hat, so ist ihr die Austrittsleistung soweit zurückzuerstatten, als dies zur Finanzierung der Hinterlassenen- oder Invalidenleistungen nötig ist. Unterbleibt die Rückerstattung, so kürzt die Pensionskasse ihre Leistungen nach ihren versicherungstechnischen Grundsätzen.

## Verwendung der Austrittsleistung

### Art. 29

<sup>1</sup> Die Austrittsleistung wird zugunsten des Mitglieds seiner neuen Vorsorgeeinrichtung in der Schweiz oder Liechtenstein überwiesen. Tritt das Mitglied nicht in eine neue Vorsorgeeinrichtung ein, ist die Austrittsleistung auf ein Freizügigkeitskonto zu überweisen oder zur Bestellung einer Freizügigkeitspolice bei einer Freizügigkeitseinrichtung in der Schweiz zu verwenden.

<sup>2</sup> Das Mitglied hat der Pensionskasse unverzüglich den Namen und die Zahlungsadresse der Einrichtung gemäss Abs. 3 dieses Artikels mitzuteilen.

<sup>3</sup> Bleibt die Mitteilung des Mitglieds über die Verwendung seiner Austrittsleistung aus, wird diese 6 Monate nach dem Austritt des Mitglieds an die Auffangeinrichtung überwiesen.

<sup>4</sup> Auf schriftliches Verlangen des austretenden Mitglieds wird die Austrittsleistung bar ausbezahlt, wenn

- a) es die Schweiz endgültig verlässt und dabei nicht in Liechtenstein Wohnsitz nimmt;
- b) es eine selbständige Erwerbstätigkeit aufnimmt und der obligatorischen beruflichen Vorsorge nicht mehr unterstellt ist;
- c) die Austrittsleistung weniger als dem Jahresbeitrag des Mitglieds entspricht.

<sup>5</sup> Unterliegt ein Mitglied, das die Schweiz oder Liechtenstein endgültig verlässt, weiterhin der obligatorischen Versicherungspflicht für die Risiken Alter, Tod und Invalidität in einem Mitgliedsstaat der EU, in Island oder Norwegen, ist eine Barauszahlung der Austrittsleistung nur soweit möglich, als sie die gesetzliche Austrittsleistung gemäss BVG übersteigt. Die gesetzliche Austrittsleistung gemäss BVG wird nach Abs. 3 dieses Artikels an eine Freizügigkeitseinrichtung nach Wahl des Mitglieds überwiesen.

<sup>6</sup> Das Mitglied hat die Unterlagen beizubringen, welche den von ihm geltend gemachten Barauszahlungsgrund belegen. Die Pensionskasse prüft die Anspruchsberechtigung und kann vom Mitglied gegebenenfalls weitere Beweise verlangen.

<sup>7</sup> Bei einem verheirateten Mitglied bzw. einem Mitglied in eingetragener Partnerschaft ist die Barauszahlung nur zulässig, wenn der Ehegatte bzw. die eingetragene Partnerin / der eingetragene Partner der Barauszahlung schriftlich zugestimmt hat. Die Pensionskasse verlangt eine amtliche Beglaubigung der Unterschrift. Unverheiratete Mitglieder haben den Zivilstand amtlich bestätigen zu lassen.

Teilliquidation	<p>Art. 25bis</p> <p><sup>1</sup> Eine Teilliquidation der Kasse ist vermutungsweise erfüllt, wenn:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) eine erhebliche Verminderung des Personals der Stadt oder einer angeschlossenen Institution erfolgt;</li> <li>b) die Stadtverwaltung restrukturiert wird;</li> <li>c) der Anschlussvertrag einer angeschlossenen Institution aufgelöst wird.</li> </ul> <p><sup>2</sup> Falls bei einer Teilliquidation ein allfälliger Fehlbetrag gemäss Art. 19 i.V.m. Art. 23 des Freizügigkeitsgesetzes nicht von der Austrittsleistung abgezogen wird, ersetzt die Stadt bzw. die angeschlossene Institution der Kasse die Differenz zwischen den Austrittsleistungen ihres Personals und dem vorhandenen Deckungskapital.</p>	Teilliquidation	<p>Art. 30</p> <p>Der Stadtrat erlässt im Einvernehmen mit der Verwaltungskommission ein Reglement zum Vollzug der Teilliquidation.</p>
		Ehescheidung	<p>Art 31</p> <p><sup>1</sup> Wird bei Ehescheidung, gestützt auf ein Gerichtsurteil, ein Teil der Austrittsleistung eines aktiven Mitglieds auf die Vorsorge- bzw. Freizügigkeitseinrichtung des geschiedenen Ehegatten übertragen, hat dies eine Kürzung gemäss Art. 9 zur Folge. Die Summe der vom Mitglied bis zur Ehescheidung geleisteten Einzahlungen wird im gleichen Verhältnis gekürzt. Die Kürzung kann gemäss Art. 8 wieder ausgekauft werden, wobei dies bis zur Vollendung des 63. Altersjahres möglich ist.</p> <p><sup>2</sup> Die gerichtliche Auflösung einer eingetragenen Partnerschaft ist einer Ehescheidung gleichgestellt.</p>
	<b>5. Freiwillige Leistungen</b>		<b>5. Freiwillige Leistungen</b>
Leistungen in Härtefällen	<p>Art. 26</p> <p>Die Kasse kann aus dem Fonds für Härtefälle besondere Leistungen ausrichten, wenn:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) sich aus der Anwendung dieses Reglements Härtefälle ergeben oder</li> <li>b) Mitglieder, Angehörige oder Pflegebefohlene in eine Notlage geraten, für die nach diesem Reglement nicht vorgesorgt ist.</li> </ul>	Leistungen in Härtefällen	<p>Art. 32</p> <p>Die Pensionskasse kann aus dem Fonds für Härtefälle besondere Leistungen ausrichten, wenn:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) sich aus der Anwendung dieses Reglements Härtefälle ergeben oder</li> <li>b) Mitglieder, Angehörige oder Pflegebefohlene in eine Notlage geraten, für die nach diesem Reglement nicht vorgesorgt ist.</li> </ul>
	<b>IV. Gemeinsame Bestimmungen für die Leistungen</b>		<b>IV. Gemeinsame Bestimmungen für die Leistungen</b>
Teuerungszulage auf den Renten	<p>Art. 27</p> <p>Der Stadtrat bestimmt die Anpassung der Renten an die Teuerung im Rahmen der mit dem Voranschlag bewilligten Kredite. Er berücksichtigt dabei die teuerungsbedingte Anpassung des Lohns des aktiven Personals.</p>	Teuerungszulage auf den Renten	<p>Art. 33</p> <p>Der Stadtrat bestimmt die Anpassung der Renten an die Teuerung im Rahmen der mit dem Voranschlag bewilligten Kredite. Er berücksichtigt dabei die teuerungsbedingte Anpassung des Lohns des aktiven Personals.</p>

## Kürzung von Leistungen

## Art. 28

<sup>1</sup> Die Leistungen der Kasse werden gekürzt, wenn sie zusammen mit den nach Abs. 2 anrechenbaren Einkünften 90 % des Gesamtverdienstes übersteigen.

<sup>2</sup> Anrechenbar sind, soweit es sich nicht um den Ausgleich eines Integritätsschadens handelt:

- a) Leistungen der AHV oder der IV
- b) Leistungen der Militärversicherung
- c) Leistungen aus betrieblichen Unfallversicherungen
- d) Leistungen aus sonstigen Versicherungen der Stadt oder Dritter
- e) Leistungen anderer Vorsorgeeinrichtungen
- f) Einkünfte aus weiterer Erwerbstätigkeit bis zum Erreichen des ordentlichen Rücktrittsalters (Art. 12 und 78 PersR).

<sup>3</sup> Die Kasse kürzt die Leistungen im gleichen Umfang wie die IV oder die betriebliche Unfallversicherung, wenn

- a) die Invalidität vom Mitglied absichtlich oder grobfahrlässig verursacht wurde oder wenn sie auf aussergewöhnliche Gefahren und Wagnisse zurückzuführen ist;
- b) das Mitglied sich Eingliederungsmassnahmen der IV widersetzt.

<sup>4</sup> Sie kann auf die Kürzung ganz oder teilweise verzichten, wenn Verhältnisse vorliegen, bei denen eine Kürzung unbillig erscheint.

## Kürzung von Leistungen

## Art. 34

<sup>1</sup> Die Leistungen der Pensionskasse werden gekürzt, wenn sie zusammen mit den nach Abs. 2 anrechenbaren Einkünften 90 % des letzten Gesamtverdienstes übersteigen. Als Gesamtverdienst gilt der Jahreslohn zuzüglich Sozialzulagen und regelmässige Nebenbezüge.

<sup>2</sup> Anrechenbar Einkünfte im Sinne von Abs. 1 sind Leistungen gleicher Art und Zweckbestimmung, namentlich

- a) Leistungen der AHV oder der IV
- b) Leistungen der Militärversicherung
- c) Leistungen aus beruflicher Unfallversicherung
- d) Leistungen einer ausländischen Sozialversicherung
- e) Leistungen aus sonstigen Versicherungen, an welche der Arbeitgeber oder an seiner Stelle die Pensionskasse Prämien bezahlt hat
- f) Leistungen anderer in- und ausländischer Vorsorgeeinrichtungen und Freizügigkeitseinrichtungen
- g) Leistungen eines haftpflichtigen Dritten
- h) allfällige tatsächlich erzielte oder zumutbarerweise erzielbare Einkünfte aus Erwerbstätigkeit sowie allfällige Leistungen der Arbeitslosenversicherung einer Invalidenrentnerin bzw. eines Invalidenrentners bis zum Erreichen des ordentlichen Rücktrittsalters (Art. 12 und 78 PersR).

<sup>3</sup> Bei der Bestimmung des erzielbaren Erwerbseinkommens wird grundsätzlich auf das von der IV festgelegte zumutbare Erwerbseinkommen mit Behinderung abgestellt.

<sup>4</sup> Integritätsentschädigungen, Hilfslosenentschädigungen, Genugtuungen sowie Ehegatten- und Waisenrenten gemäss Art. 54 MVG bei ungenügenden Vorsorgeleistungen werden nicht angerechnet.

<sup>5</sup> Die Leistungen gemäss Abs. 2 lit. a bis g an den überlebenden Ehegatten bzw. die eingetragene Partnerin/den eingetragenen Partner und die Waisen werden zusammengerechnet. Falls die Leistungen gekürzt werden, werden alle Leistungen im selben Verhältnis gekürzt.

<sup>6</sup> Allfällige anrechenbare Kapitalleistungen werden basierend auf den versicherungstechnischen Grundlagen der Pensionskasse in gleichwertige Renten umgerechnet.

<sup>7</sup> Die Pensionskasse gleicht Leistungsverweigerungen oder -kürzungen der obligatorischen Unfall- oder der Militärversicherung nicht aus, wenn diese die Leistungsverweigerungen oder -kürzungen nach Art. 21 ATSG, Art. 37 UVG, Art. 39 UVG, Art. 65 MVG oder Art. 66 MVG vorgenommen haben.

<sup>8</sup> Die Pensionskasse kürzt die Leistungen, wenn das Mitglied bzw. die Anspruchsberechtigten den Tod oder die Invalidität in grober Weise verschuldet haben oder das Mitglied sich Eingliederungsmassnahmen der IV widersetzt. Die gesetzlichen Mindestleistungen gemäss BVG können nur dann verweigert oder gekürzt werden, wenn die AHV/IV eine Leistung kürzt, entzieht oder verweigert.

Auskunftspflicht  
en

## Art. 29

<sup>1</sup> Die Mitglieder und die übrigen Anspruchsberechtigten sind verpflichtet, über alle Tatsachen, welche die Beziehungen zur Kasse berühren, Auskunft zu geben und die erforderlichen Nachweise zu beschaffen.

<sup>2</sup> Sie ermächtigen alle Medizinalpersonen, dem vertrauensärztlichen Dienst der Kasse über solche Tatsachen uneingeschränkt Auskunft zu erteilen.

Auskunfts- und  
Meldepflichten

<sup>9</sup> Die Pensionskasse kann Rechtsmittel gegen Verfügungen der IV und anderer Sozialversicherungsträger, die ihre Leistungspflicht berühren, erheben.

## Art. 35

<sup>1</sup> Das Mitglied hat der Pensionskasse bei seinem Eintritt Einsicht in die Abrechnungen über die Freizügigkeitsleistungen aus früheren Vor-sorgeverhältnissen zu gewähren. Die Pensionskasse kann die Freizügigkeitsleistungen auf Rechnung des Mitglieds einfordern.

<sup>2</sup> Das Mitglied und die übrigen Anspruchsberechtigten sind verpflichtet, über alle Tatsachen, welche die Beziehungen zur Pensionskasse berühren, Auskunft zu geben und die erforderlichen Nachweise zu beschaffen. Änderungen dieser Tatsachen sowie der Leistungen anderer Versicherungsträger sind spätestens innerhalb von 4 Wochen der Pensionskasse schriftlich und unaufgefordert mitzuteilen.

<sup>3</sup> Das Mitglied ermächtigt alle Medizinalpersonen, dem ver-trauensärztlichen Dienst der Pensionskasse über Tatsachen, welche die Pensionskasse berühren, uneingeschränkt Auskunft zu erteilen.

<sup>4</sup> Die Pensionskasse lehnt jede Haftung für allfällige nachteilige Folgen ab, die sich aus einer Verletzung der Auskunfts- und Melde-pflichten ergeben. Erwächst der Pensionskasse aus einer solchen Pflichtverletzung ein Schaden, kann sie die fehlbare Person dafür haftbar machen.

## Auskunftsrechte

## Art. 36

<sup>1</sup> Für jedes aktive Mitglied wird beim Eintritt und in der Folge jährlich ein Vorsorgeausweis erstellt, der über die Höhe der versicherten Leistungen sowie der Beiträge an die Pensionskasse Aus-kunft gibt.

<sup>2</sup> Bei Abweichungen zwischen dem Versicherungsausweis und dem Reglement ist das Reglement massgebend.

<sup>3</sup> Im Zeitpunkt der Heirat wird dem Mitglied seine Austrittsleistung mitgeteilt. Im Fall einer Ehescheidung wird dem Mitglied oder dem Scheidungsrichter auf Verlangen Auskunft über die Höhe der Gut-haben, die für die Berechnung der zu teilenden Austrittsleistung massgebend sind, erteilt. Analoges gilt bei eingetragener Partner-schaft.

<sup>4</sup> Bei der erstmaligen Fälligkeit sowie bei jeder Veränderung von Alters-, Invaliden- oder Hinterlassenenrenten erhalten die Rentenberechtigten eine Bestätigung, auf der die Leistungen aufge-führt sind.

<sup>5</sup> Auf Anfrage erteilt die Pensionskasse den Mitgliedern und Anspruchsberechtigten weitere Auskünfte über den Stand ihrer Versicherung und die Geschäftstätigkeit der Pensionskasse. Die Pensionskasse informiert die Mitglieder und Anspruchsberechtigten zusätzlich jährlich in geeigneter Form über den Geschäftsgang, die Jahresrechnung, die finanzielle Lage sowie über die Organisation der



Sicherung der  
Rechtmässigkeit  
der Leistungen  
und des  
Vorsorgezwecks

Art. 30

- <sup>1</sup> Die Kasse kann Massnahmen treffen, die sicherstellen, dass
- a) Leistungen nur ausgerichtet werden, wenn die reglementarischen Voraussetzungen erfüllt sind,
  - b) ihre Leistungen dem Vorsorgezweck entsprechend verwendet werden.
- <sup>2</sup> Sie kann insbesondere:
- a) die Auszahlung von Leistungen aufschieben, bis die reglementarischen Verpflichtungen erfüllt sind;
  - b) die berechnete Person verpflichten, Leistungen persönlich entgegenzunehmen;
  - c) einen Teil der Ehegattenrente direkt den Kindern zuwenden, solange der Ehegatte seine Unterhaltspflichten grob verletzt.
- <sup>3</sup> Schaden, welcher der Kasse aus der vorsätzlichen oder fahrlässigen Verletzung der reglementarischen Verpflichtungen entsteht, ist von den Fehlbaren zu ersetzen.

Ansprüche bei  
Dritten;  
Abtretung von  
Forderungen

Art. 31

- Die Mitglieder und die übrigen Anspruchsberechtigten sind verpflichtet,
- a) Ansprüche bei der AHV/IV, der betrieblichen Unfallversicherung und der Militärversicherung geltend zu machen;
  - b) Forderungen gegen Dritte bis zur Höhe der Kassenleistungen an die Kasse abzutreten.

Berichtigung  
und  
Rückerstattung  
von Leistungen

Art. 32

- <sup>1</sup> Die Kasse berichtigt Leistungen, die unrichtig festgesetzt worden sind.
- <sup>2</sup> Geschuldete Leistungen werden mit Zins nachbezahlt.
- <sup>3</sup> Leistungen, auf die kein Anspruch besteht, sind der Kasse mit Zins zurückzuerstatten. Die Zinspflicht entfällt, wenn die Entgegennahme gutgläubig erfolgt ist.
- <sup>4</sup> Die Kasse kann auf die Rückerstattung ganz oder teilweise verzichten, wenn die Entgegennahme gutgläubig erfolgt ist und die Rückerstattung eine grosse Härte darstellt

Abtretung und  
Verpfändung

Art. 33

Der Anspruch auf Leistungen der Kasse kann weder verpfändet noch abgetreten werden. Vorbehalten bleiben Art. 22 FZG (Ehescheidung) sowie die bundesrechtlichen Bestimmungen über die Wohneigentumsförderung.

Sicherung der  
Rechtmässigkeit  
der Leistungen  
und des Vorsorge-  
zwecks

Ansprüche bei  
Dritten;  
Abtretung von  
Forderungen

Berichtigung und  
Rückerstattung  
von Leistungen

Abtretung und  
Verpfändung

Wohneigentums-  
förderung

Pensionskasse.

Art. 37

- <sup>1</sup> Die Pensionskasse kann Massnahmen treffen, die sicherstellen, dass
- a) Leistungen nur ausgerichtet werden, wenn die reglementarischen Voraussetzungen erfüllt sind,
  - b) ihre Leistungen dem Vorsorgezweck entsprechend verwendet werden.
- Sie kann die Auszahlung von Leistungen aufschieben, bis die reglementarischen Verpflichtungen erfüllt sind.
- <sup>2</sup> Schaden, welcher der Kasse aus der vorsätzlichen oder fahrlässigen Verletzung der reglementarischen Verpflichtungen entsteht, ist von den Fehlbaren zu ersetzen.

Art. 38

- Die Mitglieder und die übrigen Anspruchsberechtigten sind verpflichtet,
- a) Ansprüche bei der AHV/IV, der beruflichen Unfallversicherung und der Militärversicherung geltend zu machen;
  - b) Forderungen gegen haftpflichtige Dritte bis zur Höhe der Pensionskassenleistungen an die Pensionskasse abzutreten, soweit sie nicht von Gesetzes wegen auf die Pensionskasse übergehen. Erfolgt die verlangte Abtretung nicht, ist die Pensionskasse berechtigt, ihre Leistungen auszusetzen.

Art. 39

- <sup>1</sup> Die Pensionskasse berichtigt Leistungen, die unrichtig festgesetzt worden sind.
- <sup>2</sup> Geschuldete Leistungen werden mit Zins nachbezahlt.
- <sup>3</sup> Leistungen, auf die kein Anspruch besteht, sind der Pensionskasse mit Zins zurückzuerstatten. Die Zinspflicht entfällt, wenn die Entgegennahme gutgläubig erfolgt ist.
- <sup>4</sup> Die Pensionskasse kann auf die Rückerstattung ganz oder teilweise verzichten, wenn die Entgegennahme gutgläubig erfolgt ist und die Rückerstattung eine grosse Härte darstellt.

Art. 40

Der Anspruch auf Leistungen der Kasse kann vor Fälligkeit weder verpfändet noch abgetreten werden. Vorbehalten bleiben Art. 31 und Art. 41

Art. 41

Der Vorbezug oder die Verpfändung für Wohneigentum zu Eigenbedarf ist möglich. Massgebend sind die bundesrechtlichen Bestimmungen.

Auszahlung der Leistungen	<p>Art. 34</p> <p><sup>1</sup> Die Renten werden am Ende jedes Monats auf ein Bank- oder Postcheckkonto überwiesen.</p> <p><sup>2</sup> Die Rente wird:</p> <p>a) für den Monat, in welchem der Anspruch erlischt, noch ganz ausbezahlt;</p> <p>b) zugunsten von rentenberechtigten Hinterbliebenen noch während zwei weiteren Monaten ausbezahlt; hernach wird sie von der Hinterlassenenrente abgelöst.</p>	<p>Auszahlung der Leistungen / Vorleistung</p>
---------------------------	---	--

Rechtsschutz	<p>Art. 35</p> <p>Der Rechtsschutz richtet sich nach Art. 73 BVG.</p>
--------------	---

<p>Art. 42</p> <p><sup>1</sup> Die Renten werden am Ende jeden Monats auf ein Bank- oder Postkonto überwiesen.</p> <p><sup>2</sup> Die Rente wird:</p> <p>a) für den Monat, in welchem der Anspruch erlischt, noch ganz ausbezahlt;</p> <p>b) zugunsten von rentenberechtigten Hinterbliebenen noch während zwei weiteren Monaten ausbezahlt; hernach wird sie von der Hinterlassenenrente abgelöst.</p> <p><sup>3</sup> Beträgt im Zeitpunkt des Rentenbezugs die jährliche Altersrente oder die bei ganzer Invalidität auszurichtende Invalidenrente weniger als 10 %, die Ehegattenrente weniger als 6 % und eine Kinderrente weniger als 2 % der minimalen AHV-Altersrente, wird anstelle der Rente eine einmalige Kapitalabfindung ausbezahlt. Damit sind alle reglementarischen Ansprüche abgegolten.</p> <p><sup>4</sup> Schuldet die Pensionskasse einen Verzugszins, entspricht dieser dem Mindestzins gemäss BVG.</p> <p><sup>5</sup> Untersteht die Pensionskasse einer gesetzlichen Vorleistungspflicht, beschränkt sich ihre Vorleistung auf die Mindestleistungen nach BVG. Die antragstellende Person hat nachzuweisen, dass sie sich bei allen in Frage kommenden Versicherungsträgern angemeldet hat. Wird der Fall von einem anderen Versicherungsträger übernommen, hat dieser die Vorleistungen an die Pensionskasse zurückzuerstatten. Die Pensionskasse behält sich die Rückforderung der Leistungen gestützt auf Art. 39 vor. Hat ein anderer Versicherungsträger eine Vorleistung im Sinne des Gesetzes übernommen, und steht fest, dass die Pensionskasse leistungspflichtig ist, erstattet sie die Vorleistung im Rahmen ihrer Leistungspflicht, maximal jedoch im Umfang der Mindestleistungen gemäss BVG, zurück.</p>	<p>Auszahlung der Leistungen / Vorleistung</p>
---	--

Rechtsschutz	<p>Art. 43</p> <p>Der Rechtsschutz richtet sich nach Art. 73 BVG.</p>
--------------	---

## V. Besondere Bestimmungen für die Mitglieder des Stadtrats

### Ruhegehalt

#### Art. 36

<sup>1</sup> Anspruch auf ein Ruhegehalt besteht, wenn ein Mitglied des Stadtrats, ohne dass Invalidität vorliegt:

- a) nach Vollendung des 63. Altersjahrs zurücktritt oder
- b) vorzeitig zurücktritt, sofern:
  - aa) mindestens 12 Jahre Amtsdauer erfüllt sind, oder
  - bb) mindestens 8 Jahre Amtsdauer erfüllt sind und der Rücktritt zwischen der Vollendung des 60. und des 63. Altersjahrs erfolgt;
- c) unverschuldet nicht wiedergewählt wird.

<sup>2</sup> Vor Vollendung des 60. Altersjahrs kann anstelle des Ruhegehalts die Austrittsleistung (Art. 25), ergänzt um die Abgangsentschädigung (Art. 38) verlangt werden.

### Ruhegehalt

## V. Besondere Bestimmungen für die Mitglieder des Stadtrats

#### Art. 44

<sup>1</sup> Anspruch auf ein Ruhegehalt besteht, wenn ein Mitglied des Stadtrats, ohne dass Invalidität vorliegt:

- a) nach Vollendung des 63. Altersjahrs zurücktritt oder
- b) vorzeitig zurücktritt, sofern:
  - aa) mindestens 12 Jahre Amtsdauer erfüllt sind, oder
  - bb) mindestens 8 Jahre Amtsdauer erfüllt sind und der Rücktritt zwischen der Vollendung des 60. und des 63. Altersjahrs erfolgt;
- c) unverschuldet nicht wiedergewählt wird.

<sup>2</sup> Vor Vollendung des 60. Altersjahrs kann anstelle des Ruhegehalts die Austrittsleistung (Art. 28), ergänzt um die Abgangsentschädigung (Art. 46) verlangt werden.

<sup>3</sup> Bleibt ein Mitglied des Stadtrats über das 65. Altersjahr hinaus im Amt, entsteht der Anspruch auf das Ruhegehalt erst im Zeitpunkt, in dem das Mitglied des Stadtrats tatsächlich aus dem Amt ausscheidet, spätestens aber nach Vollendung des 70. Altersjahres. In diesem Fall wird das nach der Vollendung des 65. Altersjahres nicht bezogene Ruhegehalt einem separaten Sparkonto gutgeschrieben, welches mit dem BVG-Mindestzinssatz verzinst wird. Beim Übertritt in den Ruhestand wird das so angesparte Guthaben als einmaliges Alterskapital bar ausbezahlt.

### Höhe

#### Art. 37

Das Ruhegehalt beträgt:

- a) 60 % des versicherten Lohns bei Rücktritt gemäss Art. 37 Abs. 1 lit. a oder b;
- b) 45 % des versicherten Lohns bei unverschuldeter Nichtwiederwahl; es steigt mit jedem Amtsjahr um 1,5 % bis höchstens 60 %.

### Höhe

#### Art. 45

Das Ruhegehalt beträgt:

- a) 60 % des versicherten Lohns abzüglich eines allfälligen Kürzungsbetrags gemäss Art. 9 bei Rücktritt gemäss Art. 44 Abs. 1 lit. a oder b;
- b) 45 % des versicherten Lohns abzüglich eines allfälligen Kürzungsbetrags gemäss Art. 9 bei unverschuldeter Nichtwiederwahl; es steigt mit jedem Amtsjahr um 1,5 % bis höchstens 60 %.

### Abgangsentschädigung

#### Art. 38

<sup>1</sup> Scheidet ein Mitglied des Stadtrats ohne Anspruch auf ein Ruhegehalt aus dem Amt, so wird ihm neben der Austrittsleistung (Art. 25 und Anhang 3) eine Abgangsentschädigung ausgerichtet.

<sup>2</sup> Die Abgangsentschädigung beträgt zwei Jahreslöhne, wenn mindestens 8 Amtsjahre vollendet sind.

<sup>3</sup> Sie wird gekürzt:

- a) um die von der Stadt geleistete Einkaufssumme, soweit diese nach Art. 7 des Freizügigkeitsgesetzes von der Austrittsleistung in Abzug gebracht werden könnte;
- b) um 12,5 % je nicht erreichtes Amtsjahr.

### Abgangsentschädigung

#### Art. 46

<sup>1</sup> Scheidet ein Mitglied des Stadtrats ohne Anspruch auf ein Ruhegehalt aus dem Amt, so wird ihm neben der Austrittsleistung (Art. 28 und Anhang 3) eine Abgangsentschädigung ausgerichtet.

<sup>2</sup> Die Abgangsentschädigung beträgt zwei Jahreslöhne, wenn mindestens 8 Amtsjahre vollendet sind.

<sup>3</sup> Sie wird um 12,5 % je nicht erreichtes Amtsjahr gekürzt.

Anwendung der für Renten geltenden Bestimmungen auf die Ruhegehälter	<p>Art. 39 Auf die Ruhegehälter werden die für die Renten geltenden Bestimmungen sachgemäss angewendet, namentlich betreffend:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) Kinderrenten- und Hinterlassenenrenten,</li> <li>b) Teuerungszulagen;</li> <li>c) Kürzung von Leistungen,</li> <li>d) Beginn der Rentenzahlung und Dauer der Beitragspflicht.</li> </ul>	Anwendung der für Renten geltenden Bestimmungen auf die Ruhegehälter	<p>Art. 47 Auf die Ruhegehälter werden die für die Renten geltenden Bestimmungen sachgemäss angewendet, namentlich betreffend:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) Kinderrenten- und Hinterlassenenrenten,</li> <li>b) Teuerungszulagen;</li> <li>c) Kürzung von Leistungen,</li> <li>d) Dauer der Beitragspflicht.</li> </ul>
<p><b>VI. Anschluss anderer Institutionen</b></p>		<p><b>VI. Anschluss anderer Institutionen</b></p>	
Grundsatz	<p>Art. 40 Der Stadtrat kann den Anschluss anderer Institutionen und ihres Personals an die Kasse nach Anhören der Verwaltungskommission beschliessen.</p>	Grundsatz	<p>Art. 48 Der Stadtrat kann den Anschluss anderer Institutionen und ihres Personals an die Pensionskasse nach Anhören der Verwaltungskommission beschliessen.</p>
Geltung des Reglements	<p>Art. 41  <sup>1</sup> Für die angeschlossenen Institutionen und ihr Personal ist das jeweils geltende Reglement der Kasse anwendbar.  <sup>2</sup> Sachgemäss gelten die Bestimmungen, welche:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) die Stadt betreffen: für die angeschlossene Institution;</li> <li>b) das Personal der Stadt betreffen: für das Personal der angeschlossenen Institutionen.</li> </ul> <p><sup>3</sup> Vorbehalten bleiben folgende Abweichungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) betreffend Art. 20-23 (Invalidenleistungen): Die Kasse erbringt Invalidenleistungen nur ab dem Zeitpunkt und in dem Masse, als die IV Leistungen erbringt;</li> <li>b) betreffend Art. 26 (Leistungen in Härtefällen): Die Bestimmung ist für das Personal der angeschlossenen Institutionen nicht anwendbar;</li> <li>c) betreffend Art. 13bis (nicht rückzahlbare Überbrückungsrente): Die Bestimmung ist für das Personal der angeschlossenen Institutionen nicht anwendbar.</li> </ul> <p><sup>4</sup> Vorbehalten bleiben ferner abweichende Regelungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) im Personalreglement der angeschlossenen Institution über die ordentlichen Altersgrenzen; abweichende Altersgrenzen dürfen jedoch nicht unter jenen liegen, die gemäss Art. 12 des Personalreglements der Stadt St. Gallen in der Fassung des Nachtrags XI gelten.</li> <li>b) die im Anschlussvertrag vorgesehen sind, namentlich bezüglich des Ausgleichs der Teuerung auf den Renten.</li> </ul>	Geltung des Reglements	<p>Art. 49  <sup>1</sup> Für die angeschlossenen Institutionen und ihr Personal ist das jeweils geltende Reglement der Pensionskasse anwendbar.  <sup>2</sup> Sachgemäss gelten die Bestimmungen, welche:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) die Stadt betreffen: für die angeschlossene Institution;</li> <li>b) das Personal der Stadt betreffen: für das Personal der angeschlossenen Institutionen.</li> </ul> <p><sup>3</sup> Vorbehalten bleiben folgende Abweichungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) betreffend Art. 25 (Invaliden-Ergänzungsrente) und Art. 32 (Leistungen in Härtefällen): Die Bestimmungen sind für das Personal der angeschlossenen Institutionen nicht anwendbar;</li> <li>b) im Personalreglement der angeschlossenen Institution über die ordentlichen Altersgrenzen; abweichende Altersgrenzen dürfen jedoch nicht unter jenen liegen, die gemäss Art. 12 des PersR der Stadt St.Gallen in der Fassung des Nachtrags XI gelten.</li> <li>c) die im Anschlussvertrag vorgesehen sind, namentlich bezüglich des Ausgleichs der Teuerung auf den Renten.</li> </ul>

## VII. Organisation und Verwaltung

### Verwaltungs- kommission

#### Art. 42

<sup>1</sup> Die Verwaltungskommission besteht aus:

- a) der Direktorin bzw. dem Direktor Inneres und Finanzen mit Vorsitz von Amtes wegen;
- b) 4 vom Stadtparlament ernannten Mitgliedern;
- c) 1 vom Stadtrat aus dem Kreise der angeschlossenen Institutionen ernannten Mitglied;
- d) 6 von der Verbändekonferenz des Personals der Stadt St. Gallen ernannten Mitgliedern.

<sup>2</sup> Die Verwaltungskommission:

- a) entscheidet im Rahmen dieses Reglements, insbesondere über den Erwerb und die Veräusserung von Grundstücken des Kassenvermögens und den Erwerb oder die Begründung beschränkter dinglicher Rechte;
- b) bereitet die Revision des Reglements zuhanden des Stadtrats vor; Reglementsänderungen, welche die finanzielle Lage der Kasse berühren, erfordern ein versicherungstechnisches Gutachten;
- c) erlässt im Einvernehmen mit dem Stadtrat Grundsätze über die Kapitalanlage;
- d) überwacht die Geschäfts- und Rechnungsführung sowie die Vermögensverwaltung
- e) erstattet dem Stadtrat jährlich Bericht über ihre Tätigkeit und orientiert die Mitglieder über den Stand der Kasse.

<sup>3</sup> Sie kann ihr zufallende Aufgaben an Ausschüsse delegieren, denen auch aussenstehende Fachleute angehören können. Sie bildet namentlich einen Ausschuss für die Anlage des Kassenvermögens.

<sup>4</sup> Bei Stimmengleichheit entscheidet eine im gegenseitigen Einvernehmen bestimmte neutrale Drittperson.

### Kontrollstelle

#### Art. 43

Die Finanzkontrolle der Stadt St. Gallen amtet als Kontrollstelle.

### Verwaltungsgrun- dsätze

#### Art. 44

<sup>1</sup> Über die Kasse wird eine separate Rechnung geführt.

<sup>2</sup> Die Kasse wird auf der Grundlage des Kapitaldeckungsverfahrens geführt und bei Bedarf, mindestens aber alle drei Jahre, versicherungstechnisch begutachtet. Sinkt der Deckungsgrad unter 80 %, sind die erforderlichen Massnahmen einzuleiten.

<sup>3</sup> Die ordentliche Verwaltung wird von der Stadt unentgeltlich besorgt. Die übrigen Kosten, so insbesondere jene für die Vermögens- und Liegenschaftsverwaltung, gehen zu Lasten der Kasse.

## VII. Organisation und Verwaltung

### Verwaltungs- kommission

#### Art. 50

<sup>1</sup> Die Verwaltungskommission besteht aus:

- a) der Direktorin bzw. dem Direktor Inneres und Finanzen mit Vorsitz von Amtes wegen;
- b) 4 vom Stadtparlament ernannten Mitgliedern;
- c) 1 vom Stadtrat aus dem Kreise der angeschlossenen Institutionen ernannten Mitglied;
- d) 6 von der Verbändekonferenz des Personals der Stadt St.Gallen ernannten Mitgliedern.

<sup>2</sup> Die Verwaltungskommission:

- a) entscheidet im Rahmen dieses Reglements, insbesondere über den Erwerb und die Veräusserung von Grundstücken des Pensionskassenvermögens und den Erwerb oder die Begründung beschränkter dinglicher Rechte;
- b) bereitet die Revision des Reglements zuhanden des Stadtrats vor; Reglementänderungen, welche die finanzielle Lage der Pensionskasse berühren, erfordern ein versicherungstechnisches Gutachten;
- c) erlässt im Einvernehmen mit dem Stadtrat Grundsätze über die Kapitalanlage;
- d) überwacht die Geschäfts- und Rechnungsführung sowie die Vermögensverwaltung
- e) erstattet dem Stadtrat jährlich Bericht über ihre Tätigkeit und orientiert die Mitglieder über den Stand der Pensionskasse.

<sup>3</sup> Sie kann ihr zufallende Aufgaben an Ausschüsse delegieren, denen auch aussenstehende Fachleute angehören können. Sie bildet namentlich einen Ausschuss für die Anlage des Pensionskassenvermögens.

<sup>4</sup> Bei Stimmengleichheit entscheidet eine im gegenseitigen Einvernehmen bestimmte neutrale Drittperson.

### Kontrollstelle

#### Art. 51

Die Finanzkontrolle der Stadt St.Gallen amtet als Kontrollstelle.

### Verwaltungsgrun- sätze

#### Art. 52

<sup>1</sup> Über die Pensionskasse wird eine separate Rechnung geführt.

<sup>2</sup> Die Pensionskasse wird auf der Grundlage des Kapitaldeckungsverfahrens geführt und bei Bedarf, mindestens aber alle drei Jahre, versicherungstechnisch begutachtet. Sinkt der Deckungsgrad gemäss Art. 44 BVV 2 unter 80 %, sind die erforderlichen Massnahmen einzuleiten.

<sup>3</sup> Die ordentliche Verwaltung wird von der Stadt unentgeltlich besorgt. Die übrigen Kosten, insbesondere jene für die Vermögens- und Liegenschaftsverwaltung, gehen zu Lasten der Pensionskasse.

Ansprüche der  
Kasse gegen die  
Stadt

Art. 45

Die Stadt erstattet der Kasse:

- a) Renten bei Nichtwiederwahl (Art. 24) und Teuerungszulagen auf diesen Renten, bis zur Vollendung des ordentlichen Rentenalters,
- b) Ruhegehälter (Art. 37) und Teuerungszulagen auf diesen Renten, bis zur Vollendung des Alters gemäss Art. 12 und 78 PersR sowie Abgangsentschädigungen (Art. 38),
- c) die Kosten für den Teuerungsausgleich auf den Renten in den übrigen Fällen (Art. 27),
- d) AHV-Überbrückungsrenten (Art. 13bis).

Ansprüche der  
Pensionskasse  
gegen die Stadt

Art. 53

Die Stadt erstattet der Pensionskasse:

- a) Renten bei Nichtwiederwahl (Art. 27) und Teuerungszulagen sowie die fehlenden Beiträge gemäss Art. 10, bis zur Vollendung des 63. Altersjahres,
- b) Ruhegehälter (Art. 45) und Teuerungszulagen auf diesen Renten, bis zur Vollendung des Alters gemäss Art. 12 und 78 PersR sowie die fehlenden Beiträge gemäss Art. 10 bis zur Vollendung des 63. Altersjahres und Abgangsentschädigungen (Art. 46),
- c) die Kosten für den Teuerungsausgleich auf den Renten in den übrigen Fällen (Art. 33),
- d) die Kosten für die Invaliden-Ergänzungsrente gemäss Art. 25, welche nicht gemäss Art. 25 Abs. 3 zurückgefordert werden konnten. Dies beinhaltet auch die Kosten, welche durch eine allfällige Differenz des für die Festlegung der Invaliden-Ergänzungsrente angenommenen Invaliditätsgrads und des Invaliditätsgrads des definitiven IV-Entscheids entstehen.

Fonds für  
Härtefälle

Art. 46

Dem Fonds werden zugewiesen:

- a) Geldleistungen aus Disziplinar massnahmen;
- b) der Erlös nicht abgeholter Fundgegenstände;
- c) der Gegenwert nicht eingelöster, verjährter Gemeindeobligationen und Zinscoupons;
- d) für den Fonds bestimmte Geschenke und Legate;
- e) Zuweisungen der Stadt und der Kasse.

Fonds für  
Härtefälle

Art. 54

Dem Fonds werden zugewiesen:

- a) Geldleistungen aus Disziplinar massnahmen;
- b) der Erlös nicht abgeholter Fundgegenstände;
- c) der Gegenwert nicht eingelöster, verjährter Gemeindeobligationen und Zinscoupons;
- d) für den Fonds bestimmte Geschenke und Legate;
- e) Zuweisungen der Stadt und der Pensionskasse.

Verzinsung der  
Deckungslücke

Art. 46bis

<sup>1</sup> Die Stadt verzinst den bis zu einem Deckungsgrad von 80 % fehlenden Betrag zu Gunsten der Versicherungskasse mit 4 %.

<sup>2</sup> Sie beschliesst über die Verzinsung des bis zu einem Deckungsgrad von 90 % fehlenden Betrags unter Berücksichtigung der Finanzlage der Stadt.

Verzinsung der  
Deckungslücke

Art. 55

In der Regel finanziert der Arbeitgeber die Verzinsung des bis zu einem Deckungsgrad gemäss Art. 44 BVV 2 von 100 % fehlenden Betrags zu Gunsten der Pensionskasse mit 4.0 %. Der Stadtrat entscheidet unter Berücksichtigung der Finanzlage der Stadt im Rahmen des mit dem Voranschlag bewilligten Kredits über die Durchführung der Verzinsung. Massgebend ist der Stand per 31.12. des Vorjahres.

### VIII. Übergangs- und Schlussbestimmungen

Renten und  
andere  
Leistungen

Art. 47

<sup>1</sup> Renten und andere Leistungen, auf welche der Anspruch im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Reglements oder danach entsteht, werden nach Massgabe dieses Reglements festgesetzt.

<sup>2</sup> Renten und andere Leistungen, auf welche der Anspruch schon vor Inkrafttreten dieses Reglements entstanden ist, werden durch dieses Reglement nicht berührt.

Renten und andere  
Leistungen

### VIII. Übergangs- und Schlussbestimmungen

Art. 56

<sup>1</sup> Renten und andere Leistungen, auf welche der Anspruch im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Reglements oder danach entsteht, werden nach Massgabe dieses Reglements festgesetzt.

<sup>2</sup> Renten und andere Leistungen, auf welche der Anspruch schon vor Inkrafttreten dieses Reglements entstanden ist, werden durch dieses Reglement nicht berührt.

Kürzung der Altersrente bei vorzeitigem Ruhestand

Art. 47bis  
Für die Jahrgänge 1944 bis 1947 gilt folgende Regelung:

Jahrgang 1944	keine Kürzung
Jahrgang 1945	1,5 % Kürzung pro Jahr oder 0,125 % pro Monat
Jahrgang 1946	3,0 % Kürzung pro Jahr oder 0,25 % pro Monat
Jahrgang 1947	4,5 % Kürzung pro Jahr oder 0,375 % pro Monat

AHV-Überbrückungsrente bei Pensionierung mit Erreichen der Altersgrenze

Art. 47ter  
Auf die AHV-Überbrückungsrente gemäss Art. 13bis besteht ab Jahrgang 1942 und jünger kein Anspruch mehr. Bereits laufende AHV-Überbrückungsrenten werden weiterhin ausgerichtet.

Laufende Ruhegehälter

Art. 48  
<sup>1</sup> Die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Reglements bereits laufenden Ruhegehälter, die daraus folgenden Alters- und Hinterlassenenleistungen sowie die Teuerungszulagen auf diesen Leistungen werden bis zur Beendigung direkt durch die Stadt ausbezahlt.  
<sup>2</sup> Für die Kürzung des Ruhegehalts bleibt Art. 11 der Ruhegehaltsordnung vom 30.11.1976 anwendbar.  
<sup>3</sup> Im übrigen finden die Bestimmungen dieses Reglements Anwendung.

Einkauf anwartschaftlicher Ruhegehälter

Art. 49  
<sup>1</sup> Die Stadt erbringt der Kasse die für die aktiven Mitglieder des Stadtrats erforderlichen Einkaufssummen.  
<sup>2</sup> Der Betrag wird ab Inkrafttreten dieses Reglements verzinst und unter Mitverwendung des Ausgleichsfonds gemäss Art. 5 der Ruhegehaltsordnung vom 30. November 1976 in Jahresraten bis Ende 2004 getilgt.

Freiwillig Versicherte

Art. 50  
Für die am 31. Dezember 1995 freiwillig Versicherten bleiben die in jenem Zeitpunkt geltenden Bestimmungen anwendbar.

Lehrerpensionskasse

Art. 51  
<sup>3</sup> Die Lehrerpensionskasse wird mit vollen Rechten und Pflichten auf die Versicherungskasse der Stadt St. Gallen übertragen.  
<sup>4</sup> Die Kasse erbringt die gemäss den Statuten der Lehrerpensionskasse vom 27. März 1956 zugesprochen Renten. Sie richtet auf den Renten Teuerungszulagen nach Massgabe der Statuten der Kantonalen Lehrerversicherungskasse aus.

Kürzung der Altersrente bei vorzeitigem Ruhestand

Art. 57  
Für die Jahrgänge 1944 bis 1947 gilt folgende Regelung:

Jahrgang 1944	keine Kürzung
Jahrgang 1945	1,5 % Kürzung pro Jahr oder 0,125 % pro Monat
Jahrgang 1946	3,0 % Kürzung pro Jahr oder 0,25 % pro Monat
Jahrgang 1947	4,5 % Kürzung pro Jahr oder 0,375 % pro Monat

Laufende Ruhegehälter

Art. 58  
<sup>1</sup> Die vor dem 1. Januar 1999 bereits laufenden Ruhegehälter, die daraus folgenden Alters- und Hinterlassenenleistungen sowie die Teuerungszulagen auf diesen Leistungen werden bis zur Beendigung direkt durch die Stadt ausbezahlt.  
<sup>2</sup> Für die Kürzung des Ruhegehalts bleibt Art. 11 der Ruhegehaltsordnung vom 30.11.1976 anwendbar.  
<sup>3</sup> Im übrigen finden die Bestimmungen dieses Reglements Anwendung.

Freiwillig Versicherte

Art. 59  
Für die am 31. Dezember 1995 freiwillig Versicherten bleiben die in jenem Zeitpunkt geltenden Bestimmungen anwendbar.

Lehrerpensionskasse

Art. 60  
<sup>1</sup> Die Lehrerpensionskasse wird mit vollen Rechten und Pflichten auf die Versicherungskasse der Stadt St. Gallen übertragen.  
<sup>2</sup> Die Pensionskasse erbringt die gemäss den Statuten der Lehrerpensionskasse vom 27. März 1956 zugesprochen Renten. Sie richtet auf den Renten Teuerungszulagen nach Massgabe der Statuten der Kantonalen Lehrerversicherungskasse aus.

Ausführungsbestimmungen	Art. 52 Der Stadtrat kann im Einvernehmen mit der Verwaltungskommission Ausführungsbestimmungen erlassen, namentlich über: a) Vorbezug und Verpfändung von Leistungen; b) Geschäftsführungsgrundsätze für die Kassenorgane.	Ausführungsbestimmungen	Art. 61 Der Stadtrat kann im Einvernehmen mit der Verwaltungskommission Ausführungsbestimmungen erlassen, namentlich über die Geschäftsführungsgrundsätze für die Pensionskassenorgane.
Aufhebung bisherigen Rechts	Art. 53 Aufgehoben werden: a) Statuten der Versicherungskasse vom 25. Februar 1975 b) Reglement über die Ruhegehälter der Mitglieder des Stadtrats (Ruhegehaltsordnung) vom 30. November 1976 c) Statuten der Lehrerpensionskasse vom 27. März 19562	Aufhebung bisherigen Rechts	Art. 62 Das Reglement für die Versicherungskasse der Stadt St.Gallen vom 15. September 1998 wird aufgehoben.
		Änderung des Reglements	Art. 63 Das Reglement kann jederzeit im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften und des Vorsorgezwecks vom Stadtparlament geändert werden. Die erworbenen Ansprüche der Versicherten sowie der Rentnerinnen und Rentner werden in jedem Fall gewahrt.
Inkrafttreten	Art. 54 Dieses Reglement tritt am 1. Januar 1999 in Kraft. St.Gallen, den XX. XX 2006  Im Namen des Stadtparlaments Der Präsident:  Der Stadtschreiber-Stellvertreter:	Inkrafttreten	Art. 64 Dieses Reglement tritt am 1. Januar 2007 Kraft.



## Anhang 1

### Barwert-Tabelle für Eintritte und Austritte

(in Prozenten des versicherten Lohnes, für angebrochene Alter werden die Werte interpoliert)

#### 1. Tabelle

Alter	Barwert	Voll-Einkauf	
		%-Anteil von 60 %	% versich. Lohn
-25	4.6440	0.0000	0.0000
26	4.7852	2.6316	7.5556
27	4.9308	5.2632	15.5711
28	5.0808	7.8947	24.0668
29	5.2353	10.5263	33.0650
30	5.3945	13.1579	42.5882
31	5.5586	15.7895	52.6605
32	5.7277	18.4211	63.3063
33	5.9019	21.0526	74.5502
34	6.0814	23.6842	86.4199
35	6.2664	26.3158	98.9432
36	6.4570	28.9474	112.1480
37	6.6534	31.5789	126.0642
38	6.8557	34.2105	140.7222
39	7.0643	36.8421	156.1582
40	7.2791	39.4737	172.3998
41	7.5005	42.1053	189.4865
42	7.7287	44.7368	207.4544
43	7.9637	47.3684	226.3366
44	8.2060	50.0000	246.1800

Alter	Barwert	Voll-Einkauf	
		%-Anteil von 60 %	% versich. Lohn
45	8.4555	52.6316	267.0159
46	8.7127	55.2632	288.8950
47	8.9777	57.8947	311.8567
48	9.2508	60.5263	335.9500
49	9.5322	63.1579	361.2202
50	9.8221	65.7895	387.7146
51	10.1209	68.4211	415.4899
52	10.4287	71.0526	444.5917
53	10.7459	73.6842	475.0818
54	11.0727	76.3158	507.0132
55	11.4095	78.9474	540.4502
56	11.7566	81.5789	575.4543
57	12.1141	84.2105	612.0807
58	12.4826	86.8421	650.4091
59	12.8623	89.4737	690.5025
60	13.2535	92.1053	732.4306
61	13.6566	94.7368	776.2695
62	14.0720	97.3684	822.1009
63	14.5000	100.0000	870.0000

#### 2. Bestimmungen

- 1 Alter = genaues Alter in Jahren und Monaten
- 2 Wird ein Teil des Einkaufs nicht erbracht, so wird die Rente um den entsprechenden, gleichbleibenden Betrag gekürzt. Die Kürzung entspricht dem durch den genauen Barwert geteilten Fehlbetrag.

## Anhang 2

### Beiträge und Nachzahlungen (Art. 10)

(in Prozenten des versicherten Lohnes bzw. dessen Erhöhung)

#### 1. Tabelle

Alter	Mitglied		Stadt		Alter	Mitglied		Stadt	
	Bei- trag	Nach- zahlung	Beitrag	Nach- zahlung		Beitrag	Nach- zahlung	Beitrag	Nach- zahlung
<24	1.40	-	1.40	-	44	9.10	52.00	11.50	104.00
25	7.50	20.00	7.50	40.00	45	9.20	54.00	11.75	108.00
26	7.50	20.00	7.50	40.00	46	9.30	56.00	12.00	112.00
27	7.50	20.00	7.50	40.00	47	9.40	58.00	12.25	116.00
28	7.50	20.00	7.50	40.00	48	9.50	60.00	12.50	120.00
29	7.60	22.00	7.75	44.00	49	9.60	62.00	12.75	124.00
30	7.70	24.00	8.00	48.00	50	9.70	64.00	13.00	128.00
31	7.80	26.00	8.25	52.00	51	9.80	66.00	13.25	132.00
32	7.90	28.00	8.50	56.00	52	9.90	68.00	13.25	136.00
33	8.00	30.00	8.75	60.00	53	10.00	70.00	13.25	140.00
34	8.10	32.00	9.00	64.00	54	10.00	72.00	13.25	144.00
35	8.20	34.00	9.25	68.00	55	10.00	74.00	13.25	148.00
36	8.30	36.00	9.50	72.00	56	10.00	76.00	13.25	152.00
37	8.40	38.00	9.75	76.00	57	10.00	78.00	13.25	156.00
38	8.50	40.00	10.00	80.00	58	10.00	80.00	13.25	160.00
39	8.60	42.00	10.25	84.00	59	10.00	80.00	13.25	160.00
40	8.70	44.00	10.50	88.00	60	10.00	80.00	13.25	160.00
41	8.80	46.00	10.75	92.00	61	10.00	---	13.25	---
42	8.90	48.00	11.00	96.00	62	10.00	---	13.25	---
43	9.00	50.00	11.25	100.00	63	10.00	---	13.25	---

#### 2. Bestimmungen

1 Alter = Kalenderjahr ./. Geburtsjahr

2 Von den Beiträgen wird 1/5 zur Deckung der Risiken verwendet.

### Berechnung der Austrittsleistung (Art. 28)

Abgeltung bzw. Barauszahlung laut Gesetz

Die Austrittsleistung entspricht dem Barwert der bis zum Austritt erworbenen Rente.

Für jedes Altersjahr ab Alter 25 gilt  $\frac{1}{38}$  der ordentlichen, ungekürzten Rente von 60 % des versicherten Lohnes als erworben. Die Barwerte richten sich nach Anhang 1.

Die Austrittsleistung vermindert sich um den gemäss Anhang 1 errechneten Barwert des nicht eingekauften Teils. Sie entspricht mindestens dem BVG-Altersguthaben.

Der vom Arbeitgeber finanzierte Teil der Einkaufssumme wird von der Austrittsleistung abgezogen. Der Abzug vermindert sich mit jedem Beitragsjahr um einen Zehntel des vom Arbeitgeber übernommenen Betrages. Der nicht verbrauchte Teil fällt an ein Beitragsreservekonto des Arbeitgebers.

Ungeachtet dessen hat das Mitglied mindestens Anspruch auf:

- a) die um den nicht getilgten Teil gemäss Abs. 3 verminderten, inzwischen verzinsten Einkaufssummen und Ratenzahlungen (Art. 8);
- b) 80 % seiner Zusatzbeiträge samt Zinsen (Art. 8 Abs. 2 lit. b)
- c) 80 % seiner wiederkehrenden Beiträge sowie 100 % seiner Nachzahlungen, beide samt Zinsen und erhöht um den Alterszuschlag gemäss Abs. 5.

Der Alterszuschlag entspricht 4 % pro Altersjahr über 20, höchstens aber 100 %. Das erreichte Alter ergibt sich dabei als Differenz zwischen dem Austrittsjahr und dem Geburtsjahr.

Die Zinsberechnungen erfolgen zum technischen Zinsfuss. Dabei werden die Einkaufssummen ab sofort, die übrigen Beiträge ab Ende des betreffenden Jahres verzinst.

## Anhang 4

### Barwert-Tabelle für den Auskauf von Rentenkürzungen bei vorzeitiger Alterspensionierung

(für einen Franken Rente, für angebrochene Alter werden die Werte interpoliert)

Die Auskaufssumme berechnet sich, indem der Betrag der Rentenkürzung mit dem für das jeweilige Alter massgebenden Barwertfaktor multipliziert wird. Für angebrochene Alter werden die Werte interpoliert.

Alter	Barwert
60	16.440
61	16.129
62	15.818
63	15.505